

NDB-online Artikel

Krebs, Friedrich (Fritz) Karl

1894 – 1961

Jurist, NS-Funktionär, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Im völkisch-antisemitischen Milieu des Deutschen Kaiserreichs sozialisiert, engagierte sich Friedrich Krebs seit 1921 in der nationalsozialistischen Bewegung und wurde im März 1933 als profiliertes Parteifunktionär und promovierter Jurist zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main bestellt. In seiner zwölfjährigen Amtszeit verfolgte Krebs v. a. das Ziel, jüdische Tradition und jüdisches Leben der Stadt auszulöschen. Nach dem Zweiten Weltkrieg scheiterte sein Versuch eines politischen Comebacks in der rechtskonservativen Deutschen Partei.

Geboren am 9. Mai 1894 in Germersheim am Rhein

Gestorben am 6. Mai 1961 in Bad Homburg

Grabstätte Hauptfriedhof in Frankfurt am Main

Konfession evangelisch, später „gottgläubig“

Tabellarischer Lebenslauf

1903 1912 Schulbesuch (Abschluss: Abitur) Oberrealschule Sankt Johann Straßburg (Elsass, heute Strasbourg, Frankreich)

1912 1919 Studium der Rechts- und Staatswissenschaften (Abschluss: Erstes juristisches Staatsexamen) Universität Straßburg; seit 1919 Frankfurt am Main

3.8.1914 16.11. 1918 Kriegsdienst (1916 Leutnant der Reserve)

Niedersächsisches Fußartillerie-Regiment Nr. 10 Westfront, u. a. Wolfisheim (Département Bas-Rhin, Frankreich)

Ende 1918 Übersiedlung Frankfurt am Main

27.2.1920 Juli 1923 Gerichtsreferendar (Abschluss: Zweites juristisches Staatsexamen) Usingen bei Frankfurt am Main; Limburg an der Lahn; Frankfurt am Main

5.1.1922 Promotion (Dr. iur.) Universität Gießen

seit 1922 erste politische Funktionen als Ortsgruppenleiter, zeitweise Gauobmann des Bunds Nationalsozialistischer Deutscher Juristen NSDAP; Nationalsozialistische Freiheitspartei; Deutsche Partei; seit Februar 1925 wieder NSDAP Frankfurt am Main

1923 1925 Richter Land- und Amtsgericht Frankfurt am Main

1926 1928 Referent Deutsche Staatsvertretung am gemischten deutsch-englischen Schiedsgericht Berlin

1928 1933 Landgerichtsrat 4. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt am Main

1.12.1929 offizielles Mitglied NSDAP
seit 1929 Gründer; Ortsgruppen- und Landesleiter Kampfbund für deutsche Kultur Frankfurt am Main
April 1932 März 1933 Abgeordneter der NSDAP Preußischer Landtag Berlin
März 1933 April 1945 Oberbürgermeister (bis 25.6.1933 kommissarisch) Frankfurt am Main
August 1933 1937 Kreisleiter NSDAP Frankfurt am Main
1933 1934 Vertreter Hessen-Nassaus Reichsrat Berlin
1935 Mitglied Reichskultursenat Berlin
1935 Präsidialrat Reichsmusikkammer Berlin
6.4.1945 31.1.1948 Inhaftierung Internierungslager „CI Camp 91“ Darmstadt
Dezember 1947 Einstufung als „minderbelastet“; Verurteilung zu 35 000 Mark Sühnegeld Spruchkammer des Internierungslagers Darmstadt
1950 1953 Prozesse um Zulassung als Rechtsanwalt Frankfurt am Main
1951 1953 Vorsitzender des Hessischen Landesverbands Deutsche Partei Frankfurt am Main
4.5.1952 18.9.1952 Mandat für die Stadtverordnetenversammlung (nicht angetreten) Deutsche Partei Frankfurt am Main
1953 1961 Rechtsanwalt Kanzlei von Kurt Wirth (geb. 1901) und Erich Wißner (geb. 1907) Frankfurt am Main

Genealogie

Vater **Philipp Krebs** geb. 1865 aus kleinbäuerlicher Familie in Niederstausenbach (Westpfalz); Eisenbahnobersekretär
Mutter **Katharina Krebs**, geb. Sauer geb. 1866 aus Schiffer- und Fischerfamilie am Mittelrhein
Geschwister keine
Heirat 22.5.1926 in vermutlich Frankfurt am Main
Ehefrau Barbara **Helene Krebs**, geb. Koch, verw. Odenwälder 24.8.1889–14.1.1977 aus Mainz; römisch-katholisch; gest. in Bad Homburg
Kinder keine

?Philipp Krebs (geb. 1865)

?Katharina Krebs, geb. Sauer (geb. 1866)

keine

Krebs, Friedrich (1894 - 1961)

∞ | ∞ | ♥

?Barbara Helene Krebs, geb. Koch, verw. Odenwäller (24.8.1889-14.1.1977)

Krebs, Friedrich (1894 - 1961)

Genealogie

Vater

Philipp Krebs

geb. 1865

aus kleinbäuerlicher Familie in Niederstaufenbach (Westpfalz);
Eisenbahnobersekretär

Großvater väterlicherseits

Großmutter väterlicherseits

Mutter

Katharina Krebs

geb. 1866

aus Schiffer- und Fischerfamilie am Mittelrhein

Großvater mütterlicherseits

Großmutter mütterlicherseits

Heirat

in

vermutlich Frankfurt am Main

Ehefrau

Helene Krebs

24.8.1889–14.1.1977

aus Mainz; römisch-katholisch; gest. in Bad Homburg

Krebs lebte mit seinen Eltern seit ca. 1903 in Straßburg (Elsass, heute Strasbourg, Frankreich), wo er die Oberrealschule Sankt Johann besuchte und nach dem Abitur 1912 ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften begann. Er trat der schlagenden, jüdenfeindlich orientierten Studentenverbindung „Germania“ bei, meldete sich im August 1914 als Kriegsfreiwilliger und war bis 1918 Soldat (1916 Leutnant der Reserve). Ende 1918 wurde Krebs aus dem von französischen Truppen besetzten Straßburg ausgewiesen und siedelte nach Frankfurt am Main über, wo er sein Studium 1919 mit dem Ersten juristischen Staatsexamen abschloss. 1922 wurde Krebs bei dem Rechtswissenschaftler Hans Gmelin (1878–1941) an der Universität Gießen mit der Dissertation „Friedensvertrag und Reichsverfassung“ zum Dr. iur. promoviert, schlug nach Beendigung des Referendariats eine Beamtenlaufbahn ein und war von 1923 bis 1925 am Land- und Amtsgericht in Frankfurt am Main tätig.

Seit 1921 engagierte sich Krebs in völkisch-antisemitischen Organisationen, u. a. im Deutschbund, im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und im Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft, v. a. aber für die NSDAP,

deren Frankfurter Ortsgruppe er seit der Neugründung der Partei im Februar 1925 leitete. Krebs, der zum 1. Dezember 1929 offiziell Parteimitglied wurde, trat zudem als Gründer der Ortsgruppe des Kampfbunds für deutsche Kultur sowie als dessen Landesleiter in Frankfurt am Main hervor. Seit April 1932 vertrat er die NSDAP als Abgeordneter im Preußischen Landtag. Von der politischen Gewalt der SA, personifiziert v. a. durch den NSDAP-Gauleiter in Hessen-Nassau Jakob Sprenger (1884–1945), konnte sich Krebs als Akademiker erfolgreich abgrenzen. Obgleich sein Verhältnis zu Sprenger von Abneigung und Rivalität gekennzeichnet war, funktionierte ihre „Arbeitsteilung“ effizient als ein koordiniertes, sich ergänzendes Zusammenwirken von Staat und Partei. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Differenzen beider Männer z. T. übertrieben und zugunsten von Krebs dargestellt.

Nach dem erzwungenen Rücktritt Ludwig Landmanns (1868–1945) wurde Krebs von Sprenger als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main vorgeschlagen und am 13. März 1933 vom Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Werner Zschintzsch (1888–1953), in dieser Funktion bestätigt. In seiner zwölfjährigen Amtszeit konzentrierte sich Krebs darauf, die bürgerlichen und v. a. jüdischen Traditionen der Stadt umzudeuten und auszulöschen. Die Diskussion um einen neuen Beinamen für Frankfurt am Main, die vor 1933 weithin als „Stadt der Juden und Demokraten“ galt, entschied er 1935 mit der Festlegung auf den Titel „Stadt des deutschen Handwerks“. Krebs verfügte noch vor dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 die Entlassung „nichtarischer“ und politisch „unzuverlässiger“ Beamter und Angestellter, trieb die Einrichtung des Universitäts-Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene (1935) voran und ermöglichte die Gründung des „Instituts zur Erforschung der Judenfrage“ (1939), der ersten Außenstelle der geplanten „Hohen Schule der NSDAP“. Die Mitarbeiter des Instituts waren für den „Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg“ tätig, der in besetzten Ländern Europas Archive, Bibliotheken und Kunstsammlungen aus jüdischem Besitz plünderte; außerdem half das Institut, die seit 1941 organisierten Deportationen „wissenschaftlich“ zu legitimieren. Um 1925 zählten die Frankfurter Israelitische Gemeinde und die Israelitische Religionsgesellschaft rund 30 000 Mitglieder, von denen nur wenige die Shoah überlebten.

Am 6. April 1945 verhaftet und anschließend im US-amerikanischen Internierungslager „Cl Camp 91“ in Darmstadt inhaftiert, wurde Krebs im Dezember 1947 in seinem Spruchkammerverfahren als „minderbelastet“ (Gruppe III) eingestuft. Am 11. November 1949 rechnete ihn die Spruchkammer nur noch den „Mitläufern“ (Gruppe IV) zu, nachdem sich einflussreiche Frankfurter, darunter Landgerichtspräsident Johannes Becker (1897–1971), Sozialdezernent Rudolf Prestel (1898–1979) und der Leiter des Goethe-Museums Ernst Beutler (1885–1960), als Entlastungszeugen für ihn verwendet hatten. Nach kurzer politischer Aktivität im hessischen Landesverband der Deutschen Partei gewann Krebs bei den Kommunalwahlen im März 1952 ein Mandat als Stadtverordneter; nach Protesten von Seiten des Frankfurter Stadtparlaments legte er das Mandat nieder. Von 1953 bis 1961 praktizierte er als Rechtsanwalt in Frankfurt am Main. Langjährige Prozesse

um seine Pension als Oberbürgermeister führten kurz vor seinem Tod zur Bewilligung von Versorgungsbezügen eines Land- und Amtsgerichtsrats.

Auszeichnungen

1913 Mitglied der Burschenschaft Germania, Straßburg

5.5.1916 Eisernes Kreuz II. Klasse

seit 1921 Mitglied u. a. in Deutschbund, Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft, Völkisch-sozialer Block, Deutsche Partei und Völkische Freiheitsbewegung

1923 „Kämpferabzeichen von 1923“ der NSDAP

1935 Mitglied des Reichskultursenats

1935 Mitglied des Präsidialrats der Reichsmusikkammer

1937 Leiter des Reichstierschutzbunds

1937 Commendatore dell'Ordine della Corona d'Italia [Kommandeur des Ordens der Krone von Italien]

1938 Ordinul național Steaua României [Orden des Sterns von Rumänien]

1938 Ehrenzeichen der Stadt Sofia

Quellen

Teilnachlass:

Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, S 1/50. (weiterführende Informationen)

Weitere Archivmaterialien:

Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, S 2/43, 1-2; Repertorium 815 zu Bestand Kreisleiter Krebs.

Hessisches Hauptstaatsarchiv, Wiesbaden, 631/254, 520/F 101, 460.
(Personalakte Landgericht)

Universitätsarchiv Gießen, Jur O 11 1922. (Promotionsakte)

Staatsbibliothek zu Berlin, Handschriftenabteilung, GH Br NL BIIa: Nr. 44.
(Nachlass Gerhart Hauptmann, Korrespondenz 1933-1944)

Werke

Friedensvertrag und Reichsverfassung, 1921. (Diss. iur.)

Zehn Jahre Stadtgeschichte 1933-1943. Rede am 13. März 1943 vor den Gemeinderäten anlässlich der Vorlage des Haushaltsplanes 1943, 1943.

Literatur

Monografien:

Bettina Tüffers, Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933–1945, 2004.

Aufsätze und Artikel:

Heike Drummer, Friedrich Krebs. Nationalsozialistischer Oberbürgermeister in Frankfurt am Main. Rekonstruktion eines politischen Lebens, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 42 (1992), S. 219–253.

Heike Drummer, „Stadt des deutschen Handwerks“, in: Lothar Gall (Hg.), FFM 1200 – Traditionen und Perspektiven einer Stadt, 1994, S. 315–340.

Heike Drummer, Der „Brunnen des deutschen Handwerks“. Ein Beitrag zum Selbstverständnis der Stadt Frankfurt am Main im Nationalsozialismus, in: kritische berichte. Zeitschrift für Kunst und Kulturwissenschaften 2 (1995), S. 58–66.

Konrad Schneider, Neue Quellen zur Tätigkeit des Frankfurter Oberbürgermeisters Friedrich Krebs 1933–1945, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 65 (1999), S. 350–362.

Monica Kingreen, Raubzüge einer Stadtverwaltung. Frankfurt am Main und die Aneignung „jüdischen Besitzes“, in: Wolf Gruner (Hg.), Bürokratien. Initiative und Effizienz, 2001, S. 17–50.

Heike Drummer, Friedrich Krebs (1894–1961). NS-Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, in: Internetportal des Instituts für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, 2005. (P) (Onlineressource)

Heike Drummer, Konsens im Dissens. Oberbürgermeister und Gauleiter, in: Internetportal des Instituts für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, 2011. (Onlineressource)

Heike Drummer, Das „Frankfurter Hilfswerk des Oberbürgermeisters“ oder: Für die „Volksgemeinschaft“, in: Internetportal des Instituts für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, 2011. (Onlineressource)

Heike Drummer, „... dem Wahren, Schönen und Guten zu dienen“. Friedrich Krebs (1894–1961). Frankfurter Oberbürgermeister in der NS-Zeit, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 73 (2012), S. 195–222.

Heike Drummer, Art. „Krebs, Friedrich“, in: Frankfurter Personenlexikon (Onlineausgabe), 2015. (P) (Onlineressource)

Heike Drummer, „Stadt ohne Juden“. Verleugnung. Enthumanisierung. Shoah in Frankfurt am Main, in: Christoph Cornelißen/Sybille Steinbacher (Hg.), Frankfurt im Nationalsozialismus. (erscheint 2024)

Onlineressourcen

Hessische Biographie.

Porträts

Fotografie, 1934, in: Universitätsarchiv Frankfurt am Main, Signatur 854/816.

Fotografien, 1933–1941, in: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main.

Fotografien, 1933–1941, in: Historisches Museum Frankfurt.

Porträtzeichnung v. Emil Dielmann (1897–1954), 1936, in: Historisches Museum Frankfurt, Signatur C31 115.

Porträtzeichnung v. Lino Salini (1889–1944), undatiert, in: Historisches Museum Frankfurt, Signatur Ph12 929.

Autor

→Heike Drummer (Frankfurt am Main)

Empfohlene Zitierweise

Drummer, Heike, „Krebs, Friedrich“ in: NDB-online, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/122051076.html#dbocontent>

Lizenziert unter CC-BY-NC-ND (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>)

NDB-Artikel

Krebs, Friedrich , Oberbürgermeister von Frankfurt, * 9.5.1894 Germersheim/Rhein, † 6.5.1961 Bad Homburg vor der Höhe. (evangelisch)

Genealogie

V Philipp (* 1865), Eisenbahn-Obersekr. , aus Kleinbauernfam. in Niederstausenbach (Westpfalz);

M Katharina Sauer (* 1866), aus Schiffer- u. Fischerfam. am Mittelrhein;

• 1926 Barbara Helene Koch (1889–1977); kinderlos.

Leben

K. wuchs in bescheidenen Verhältnissen auf. Er besuchte die Oberrealschule in Straßburg (Elsaß), an der er 1912 die Reifeprüfung bestand. In Straßburg begann er das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und setzte es nach Kriegsteilnahme (1914–18) in Frankfurt fort. Im Dezember 1919 bestand er das Referendar-Examen. Mit einer Dissertation über das Thema „Friedensvertrag und Reichsverfassung“ wurde er in Gießen von Hans Gmelin 1922 zum Dr. iur. promoviert. Nach dem Assessor-Examen (1923) war er am Amts- und Landgericht in Frankfurt tätig. Durch seine Dissertation dafür qualifiziert, wurde er 1926 als Referent in die Deutsche Staatsvertretung am gemischten deutschengl. Schiedsgericht in Berlin berufen. 1929 kehrte er zum Landgericht Frankfurt zurück und wurde bald Landgerichtsrat. Seitdem trat er auch politisch hervor. Bereits 1922 hatte er sich der völkischen Bewegung angeschlossen und war 1924 Ortsgruppenleiter der Frankfurter Nationalsozialisten gewesen; Mitglied der NSDAP wurde er Ende 1929. Sein Hauptinteresse galt dem von ihm damals in Frankfurt gegründeten Kampfbund für deutsche Kultur. Daneben war er Rechtsberater des Gauleiters, leitete die Rechtsschutzstelle und warb als Gauobmann des NSD-Juristenbundes unter seinen Standesgenossen. 1932 wurde K. Mitglied des preußischen Landtages und Reichsratsbevollmächtigter. Nach den Kommunalwahlen im März 1933 übernahm er zunächst kommissarisch das Amt des Frankfurter Oberbürgermeisters, das ihm die Stadtverordneten-Versammlung im Juli des gleichen Jahres auch förmlich übertrug. Kurz darauf übernahm er auch das Amt des Kreisleiters der NSDAP und versah es mit wachsendem Unmut bis zum Herbst 1937. Mit großer Energie mühte K. sich um die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Stadt. Mit geradezu fanatischer Sparsamkeit gelang ihm im Laufe der Jahre die Sanierung des städtischen Etats und die fast völlige Tilgung der Schulden. Ohne kommunalpolitisches Programm ins Amt gelangt, arbeitete sich K. rasch ein. So fanatisch er sich bis 1933 für die Ziele der NSDAP eingesetzt hatte, trat er danach für ihre Verwirklichung ein, mußte jedoch bald erkennen, daß er damit gegen sein Rechtsbewußtsein verstieß. Von dem Gedanken absoluter Pflichterfüllung geprägt, versuchte er im stillen zu lindern und verstrickte sich damit immer mehr in den Widerspruch zwischen Ideal und Realität. So lud er Schuld auf sich und hielt trotz wachsender Skrupel durch.

Er achtete stets darauf, Gesetz und Recht einzuhalten. Bezeichnend war, daß er die hauptamtlichen Stadträte (Beigeordneten), die bei seiner

Amtsübernahme im Dienst waren, in ihren Ämtern beließ, obwohl sie nicht Mitglieder der Partei waren. Dem Gauleiter gegenüber vertrat er unbeirrbar die Interessen der Stadt, so lehnte er zum Beispiel den Bau eines Parteiforums strikt ab. 1934 wurde er in den preußischen Staatsrat berufen und zugleich Mitglied des Provinzialrates für Hessen-Nassau. 1935 wurde er Mitglied des Reichskultursenats und Präsidialrat der Reichsmusikkammer. Mit Geschick förderte er den Ausbau des Flugverkehrs auf dem neu eingerichteten Flughafen Rhein-Main. Viel Zeit verwandte er auf die Steigerung des Fremdenverkehrs.

Er förderte den Ausbau der städtischen Universität wie auch die Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biophysik. Wissenschaftliche Stiftungen schützte er vor Eingriffen der NSDAP, zum Beispiel das Freie Deutsche Hochstift, das Goethes Geburtshaus betreut. Im stillen sorgte er für die Linderung von Notfällen, die sich aus der Politik seiner Partei ergaben. Gerade im kulturellen Bereich vertrat er eine Linie, die oft erheblich von den Ansichten der NSDAP abwich. Als Leiter des Reichstierschutzbundes (seit 1937) bewies er dies ebenso wie als Vorsitzender der Deutsch-Bulgar. Gesellschaft und des Gesamt-Taunusklubs. Im 2. Weltkrieg bewährte sich K. s straffe und sparsame Verwaltung. |Nach den schweren Luftangriffen, die im März 1944 besonders den Stadtkern trafen, bemühte er sich persönlich um Hilfe für die Opfer. Als die Front an die Stadt heranrückte, harrte er aus, widersetzte sich der Zerstörung des städtischen Kraftwerkes, konnte jedoch die Sprengung der Mainbrücken nicht verhindern. Er wollte die Stadt den siegreichen Amerikanern übergeben, wurde jedoch von ihnen festgenommen und erst nach mehr als 2 Jahren Haft im Zuge der Entnazifizierung freigelassen. Bei der Wahl zur Stadtverordneten-Versammlung 1952 kandidierte er auf der Liste der Deutschen Partei, mußte jedoch das ihm zugefallene Mandat nach dem energischen Widerspruch der SPD -Fraktion niederlegen. Der Ehrengerichtshof der Rechtsanwaltskammer Frankfurt gab K. im November 1953 seine Zustimmung zur Ausübung des Anwaltsberufes.

Werke

Haushaltsrede 1935;
dsgl. 1936;
dsgl. 1937;
dsgl. 1938;
dsgl. 1939;
dsgl. 1943 (*Masch. Schr.*).

Autor

Franz Lerner

Empfohlene Zitierweise

Lerner, Franz, „Krebs, Friedrich“, in: Neue Deutsche Biographie 12 (1979), S. 727-728 [Onlinefassung]; URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd122051076.html>

Lizenziert unter CC-BY-NC-ND (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>)

30. April 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
